

13. Wahlen

Alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt und nahmen die Wahl an.

Stimmergebnisse



a) für die Wahlen des Landesvorsitzenden Johannes Rau

abgegebene Stimmen 307,
davon 285 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

b) für die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden



Antje Huber

abgegebene Stimmen 297,
davon 259 Ja-Stimmen
33 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen



Christoph Zöpel

Johannes Rau

Christoph Zöpel

abgegebene Stimmen 297, davon
234 Ja-Stimmen,
46 Nein-Stimmen
16 Enthaltungen

c) der Beisitzer

abgegebene Stimmen: 296, davon
1 ungültige

F.-J. Antwerpes	215,
F.-J. Beucher	230,
Friedhelm Farthmann	240,
Reinhard Grätz	239,
Helmut Hellwig	245,
Waltraud Hessedenz	252,
Werner Kuhlmann	233,
Rainer Maedge	239,
Horst Niggemeier	196,
Diether Posser	272,
Helga Schmedt	249,
Hans Schwier	249,
Hilmar Selle	213,
Gerd Wendzinski	230,
Fritz Ziegler	229,

d) der Mitglieder der Landeskontrollkommission

abgegebene Stimmen 280, davon

Klaus Bobisch	274,
Ferdi Franke	280,
Jörg Grahl	276,
Wilfried Mittelberg	280,
Rainer Verhoeven	279,

e) eines Mitgliedes für den Parteirat

Christoph Zöpel

abgegebene Stimmen 237, davon
195 Ja-Stimmen
31 Nein-"
11 Enthalt.

Am Nachmittag nahm der Parteivor- sitzende Willy Brandt Gelegenheit, zu den Anwesenden zu sprechen.



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde!

Ich habe mich über die Einladung zu diesem Landesparteitag gefreut und habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, was heute vormittag Johannes Rau und nach der Mittagspause Karl Josef Denzer gesagt haben.

Ich möchte vor allem auch Johannes Rau und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Antje Huber und Christoph Zöpel meinen herzlichen Glückwunsch sagen und weitere gute Zusammenarbeit wünschen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich hoffe, daß uns allen miteinander bewußt ist, was noch einmal von Nordrhein-Westfalen und was noch einmal von den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten abhängt: für das Land selbst, für die Bundesrepublik im ganzen, aber eben auch sehr speziell für den weiteren Weg der deutschen Sozialdemokratie.

Für uns alle, und ich sage das für die

vielen in unserer Partei außerhalb der Landesgrenzen, ist es von gewaltiger Bedeutung, daß das größte Bundesland ein nicht überzogenes, aber klares sozialdemokratisches Kontrastprogramm zu entwickeln und zu vertreten versteht und das Gegengewicht bilden kann zu den konservativen Kräften, die jetzt in Bonn das Sagen haben.

Deshalb liegt mir so viel daran, daß von diesem Landesparteitag - ein gutes Vierteljahr nach dem 6. März - eine klare Botschaft ausgeht, in der es erstens heißt: Wir denken nicht daran, uns auf den absteigenden Ast zu setzen, und zweitens: Wir wollen hart daran arbeiten, uns in unserer Verantwortung zu behaupten und als führende politische Kraft zu bewähren in den Kommunen, im Land und in den gesellschaftlichen Organisationen, auch wieder in Bonn.

Aber es ist ja keinem von uns entgangen, daß es nach dem 6. März nicht nur Enttäuschung gegeben hat. Das war ganz verständlich. Aber es hat auch Unruhe und es hat in einigen Regionen, in einigen Bereichen die Gefahr einer zeitweisen Lähmung gegeben. Heute komme ich zu dem Ergebnis, daß wir überwiegend die Frustration nicht mit uns herumschleppen, sondern daß es nicht fehlt an Anzeichen nicht nur neuen Nachdenkens, sondern auch neuer Aktivität.

Da sind viele Unbekannte in der Rechnung, die erst noch neu aufzumachen ist. Ich weiß, daß man von "denen da oben" eine ganze Menge erwartet und zumindest erwarten kann, daß sie verständliche Unruhe produktiv zu machen verstehen. Der Parteivorstand ist bemüht, dazu seinen Beitrag zu leisten. Die Bundestagsfraktion hat mit ihrer Arbeit unter veränderten Bedingungen gut begonnen, aber es bleibt dem viel hinzuzufügen.

Eine wesentliche Voraussetzung für das, was jetzt vor uns liegt, ist, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, daß wir anderen nicht den Gefallen tun, uns zu zerstreiten. Daß wir auch aufpassen, uns nicht über Gebühr mit uns selbst zu befassen, sondern uns den politischen Gegner vornehmen.

Sozialdemokraten kennen in ihrer ganzen Geschichte nicht nur Harmonie. Doch gebietet es ihnen, uns also, aus Tradition und Pflicht die jeweilige Diskussion auf die Sache zu konzentrieren, sich an den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen zu orientieren und sich solidarisch an die Beschlüsse der Partei zu

halten, solange die Partei nicht jeweils neu beschlossen hat. Nicht der oder die hilft der Partei, der oder die viel über sie - über die Partei - redet, sondern der möglichst viel für sie tut und dabei sachliche und menschliche Widersprüche nicht aufbläht, sondern um einen Ausgleich bemüht ist.

Was wir von Funktionären in den Ortsvereinen erwarten, das müssen wir als Maßstab für uns selbst gelten lassen, zumal, wenn wir herausgehobene Verantwortung tragen. Die Konservativen in den Zeitungen und in den sonstigen Medien malen sich eine SPD, wie sie sie gerne haben möchte. Bloß: Die das jetzt schreiben, waren auch früher gegen uns, als wir angeblich schon einmal besser waren. Fallt hierauf nicht herein, sondern erinnert Euch an das, womit der alte Bebel recht behalten hat: Wenn der Gegner die Sozialdemokraten lobt, dann müssen sie sich fragen, was sie falsch gemacht haben!

Der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Johannes Rau, zugleich stellvertretender Vorsitzender der Gesamtpartei, hat hier eindrucksvoll Vertrauen entgegennehmen können. Er wird noch viel Solidarität nötig haben, wenn ich mir ausrechne, was auf uns miteinander und gerade auch auf ihn, auf Euch im Lande zukommt. Nun weiß ich, daß es Situationen gibt, in denen man es als Gewissensfrage empfinden kann, ob man einer bestimmten Aufgabe weiter verbunden bleibt oder nicht. Und ich versage niemandem den Respekt, Hans Otto Bäumler schon gar nicht, der sich unter den von ihm empfundenen Umständen dazu entscheidet, für eine Weile beiseite zu gehen. Aber dann, und das gilt nicht nur für eine Person speziell, sondern ganz allgemein: dann bitte so, daß man den Genossen und Kollegen die Arbeit nicht schwerer macht als sie ohnehin ist.

Die Geschichte unserer Partei zeigt, daß nur erneutes Aufeinanderzugehen weiterführt. Und wenn ich diese persönliche Bemerkung machen darf: mir ist manche Entscheidung der letzten Jahre auch nicht immer leicht gefallen. Aber ich habe es für notwendig gehalten, den Bundeskanzler zu stützen, weil ich meine, daß wir den deutschen Einfluß auf Ost und West nicht aus der Hand geben dürfen, wenn sich das irgendwie vermeiden läßt.

Ich habe mich manchmal darüber gewundert, daß einige dachten, sie müßten mir Nachhilfeunterricht darin erteilen, wie man Wahlen gewinnt. Das hatten wir schon hinter uns. Ich habe das dann her-

untergeschluckt und sage jedem, den es angeht: Nehmt Euch nicht wichtiger als Ihr seid. Die Bewegung ist alles, der Eigensinn ist nichts.



Da lächeln einige, weil sie glauben, daß ich bei Eduard Bernstein eine Anleihe gemacht habe, aber das ist doch eben eine deutliche Abwandlung von dem, was er über Bewegung und Ziel gesagt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, es klang ja schon an und eigentlich wissen wir es alle miteinander, daß doch ziemlich viele Bürger, darunter auch solche, die uns schon einmal gewählt hatten, sich unter dem Eindruck der Krise an die ihnen vermittelte Hoffnung vom Aufschwung geklammert hatten. Aber wenn da der versprochene Aufschwung nicht kommen wird, wird die Desillusionierung folgen - bei manchen schon im Winter oder im nächsten Frühjahr, aber sie wird uns nicht automatisch zugute kommen. Sondern es bedarf einer harten Arbeit an uns selbst, was die Inhalte und was die Rückgewinnung von Vertrauen angeht, um diese Desillusionierung in vernünftige Bahnen zu lenken und sie konstruktiv auszuwerten.



Da habe ich eine Bitte oder einen Rat-schlag, wie Ihr wollt: Diejenigen, die die Hoffnung vom Aufschwung geweckt haben, sind auch die, die immer noch re-

den von den schrecklichen 70er Jahren, die nun endlich hinter ihnen und dem Volk liegen. Und darauf dürfen wir Sozialdemokraten meiner Überzeugung nach nicht zu defensiv reagieren.

Natürlich haben wir auch nicht immer alles richtig gemacht, aber wir haben eine Menge - gerade was das Jahrzehnt angeht, die 70er Jahre in Bund und Land - erreicht, worauf wir uns selbstbewußt berufen, woran wir anknüpfen können.

Eine wichtige Aufgabe in Bund und Land und dann auch in den europäischen Zusammenhängen, die uns mit Blick auf die Europawahl im nächsten Juni beschäftigen wird, ist: Wie gelingt es uns, die neuen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Perspektiven zu entwickeln, die sich aus den veränderten Bedingungen ableiten?

Fraktion und Vorstand sind an der Arbeit. Der ordentliche Parteitag im nächsten Mai muß dazu schon Wesentliches zu sagen haben. Die Europawahl muß durch die Beschäftigungspolitik stark mitgeprägt sein. Ich habe das Gefühl, daß dies nicht allein Gremienarbeit bleiben kann, sondern daß wir in den nächsten Jahren allen fortschrittlichen Sachverständigen mobilisieren müssen, den es in diesem Lande gibt. Also nicht nur in unseren Vorständen und in unseren Fachausschüssen, sondern als Einladung von vielen Menschen aus vielen Feldern des öffentlichen Lebens, daß wir sie bitten - egal ob sie in der Partei sind oder nicht -, mit uns nachzudenken und mit uns die Probleme in den Griff zu bekommen trachten, die wir in den vor uns liegenden Jahren meistern müssen.

Ich will gern noch, ohne dies hier zu lange werden zu lassen, ein Wort sagen. Nicht zur Umweltproblematik, denn dazu ist Wichtiges bereits gesagt worden. Einige von uns haben sich mit diesem Thema auch schon beschäftigt, bevor wir wußten, daß es einen Begriff geben würde, der Ökologie heißt. Wir dachten vor 25 Jahren, es gehe primär darum, eine neue große Bedrohung der Volksgesundheit durch die Verschmutzung der Luft und des Wassers abzuwenden. Damit fing alles an. Wir haben eine Menge, woran wir anknüpfen können.

Ich will das in diesem Augenblick nicht noch einmal durchbuchstabieren, sondern ich möchte eine Bemerkung machen zu dem, was uns nun in den kommenden Monaten begleitet und was sich vernünftigerweise der nordrhein-westfälische Landesverband nicht auf diesem Parteitag vornimmt, weil es auf einem Parteitag nach der Sommerpause behandelt

wird. Ich begrüße es, daß Ihr Euch an den Terminplan haltet, auf den wir uns in der Gesamtpartei aus guten Gründen verständigt haben. Aber es bleibt ohne jeden Zweifel von großer Bedeutung, daß wir neben dem, wovon die Rede war, immer den Zusammenhang sehen zwischen den zwei großen Aufgaben, die uns jetzt nicht mehr verlassen werden: nämlich Arbeit und Frieden, Frieden und Arbeit.

Wir müssen, so wie es Johannes Rau heute früh hat anklingen lassen, erkennen, daß uns die Notwendigkeit, für eine menschenachtende Politik einzutreten, kaum von anderen abgenommen wird. Im Gegenteil. Wir müssen noch einmal deutlich machen: Solange Menschen verhungern und geschunden werden, solange eine Gewerkschaftsbewegung isoliert wird wie in Polen oder Gewerkschafter in Gefängnisse geworfen werden wie in Chile, solange sind über unsere heimischen Probleme hinaus noch sehr viel Fortschritt und öffentliches Bewußtsein nötig, die geweckt werden müssen, ist gesellschaftlicher Einfluß unverzichtbar, der dafür eingesetzt werden kann.



Ich bedanke mich für die Kampagne, die der nordrhein-westfälische Landesverband zugunsten der Rückkehr von Demokratie in Chile und zugunsten der Verteidigung der sandinistischen Revolution in Nicaragua eingeleitet hat. Und ich füge hinzu: man darf nicht über Afghanistan schreien und zu Mittelamerika komplizenhaft den Mund halten.

Wer zum Terror in der Türkei schweigt, schwächt einen Prozeß gegen Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen Staaten. Es ist einfach schrecklich, was es jetzt wieder an Verwirrungen in der deutschen Außenpolitik geben wird. Die Regierung Kohl hat zunächst den Begriff der Kontinuität und Berechenbarkeit übernommen, als wenn sie das innerlich wörtlich meinte, was ja dann auch bedeuten würde, daß die bisherige Außenpolitik eine so schlechte Erblast nicht gewesen sein kann.

Aber wir müssen leider sehen, daß das Wort mittlerweile schon nichts mehr wert ist. Ich finde es schlimm, wenn es der Bundeskanzler zuläßt, wie der Begriff der Entspannungspolitik beinahe geächtet, wie die Ostpolitik in ihrer Substanz aufs Spiel gesetzt wird. Hier ist in hohem Maße Wachsamkeit geboten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Art und Weise, in der versucht wird, schmerzlich begrabene Illusionen auf unserer Seite wieder zu erwecken und damit alte Befürchtungen auf polnischer Seite zu beleben, ist unverantwortlich. Es ist heuchlerisch, wenn man bedenkt, daß andere - nämlich solche von der Union - zur selben Stunde dem Papst und den um nationale Unabhängigkeit und gesellschaftliche Souveränität ringenden polnischen Nachbarn ihre Sympathie bekunden, weil sie nicht bedenken, und das muß man ihnen dann sagen, daß Verstehen und langsam wachsendes neues Vertrauen gerade im Verhältnis zu Polen schwer zu gewinnen wären. Ich denke, daß es viele in unserem Lande gibt, die nicht wollen, daß dies leichtfertig verspielt wird. Deshalb dürfen wir das nicht durchgehen lassen. Wir dürfen auch Kohl nicht durchkommen lassen mit seiner jovialen Dickfälligkeit, die er in der Vergangenheit gezeigt hat. Illusionen sind nicht am Platz, aber die gefährlichsten Illusionisten sind heute jene, die unter Berufung auf ihren vermeintlichen Realismus das Spiel mit dem Wettrüsten einfach weiterlaufen lassen. Demgegenüber ist eine neue Art von Realismus durchzusetzen, einer, der die Sorgen der Menschen und die Verantwortung gegenüber dem eigenen Erbe und der gemeinsamen Zukunft gleichermaßen ernstnimmt. Dafür lohnt es sich dann, über unsere Reihen hinaus möglichst viele derer zusammenzuführen und aufzubieten, die guten Willens sind.

Wir stehen vor einem schwierigen Herbst. Wir müssen weiter darauf drängen, daß die Mächtigen dieser Welt und zumal die, die beide nuklearen Weltmächte vertreten, miteinander sprechen und verhandeln - in Genf und anderswo, aber gerade in Genf. Auf hoher Ebene zu schweigen, dient nicht dem Frieden und also auch nicht den deutschen Interessen:

Ich bin dafür, den Druck auf die Verhandlungen in Genf nicht aufzugeben, das heißt: die Verhandlungen nicht abzuschreiben. Daraus ergibt sich logisch unser Vorschlag, in welchem Zeitrythmus wir uns mit den schwierigen Fragen befassen, die jetzt anstehen.

Es kann gar nicht genug Menschen geben, die ihre Sorge zum Ausdruck bringen über den Wahnsinn des Wettrüstens. Aber wir müssen auf sie einwirken, wo wir es können, daß sie es gewaltfrei tun, weil sonst das Gegenteil dessen bewirkt wird, was sicher vernünftige Leute - ob sie in der Sozialdemokratie oder in der Friedensbewegung sind - vorgenommen haben.

Ich höre, daß es in Krefeld neben 15.000 friedlich Demonstrierenden und zu deren Leidwesen 300 Gewalttäter gegeben hat, die dort hingereist sind und aus deren Auseinandersetzungen mit der Polizei, Angriffen auf die Polizei sich eine Bilanz mit Verletzten ergibt, leider auch einen Vorfall, wobei der Vizepräsident eines wichtigen, mit uns verbündeten Landes mit Steinen beworfen worden ist.

Wir haben so etwas schon einmal vor zehn Jahren in anderen Zusammenhängen erlebt.



Bei allem, was die gegenwärtige amerikanische Regierung von meiner Auffassung trennt und meine von ihrer, entschuldige ich mich für die deutschen Sozialdemokraten für die, die unser Land in Veruruf bringen. Bei dieser Gelegenheit, und bitte, behaltet das dann auch in Eurer Erinnerung, muß ich aber auch sagen, daß vieles bisher deshalb besser gelaufen ist, als es hätte laufen können - ich denke dabei an die Jahre 1981 und 1982 -, weil es einen vernünftigen nordrhein-westfälischen Innenminister gibt. Dann darf man vielleicht auch einmal bei einer solchen Gelegenheit Dankeschön sagen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, achtet mit darauf, daß aus der verständlichen Sorge über das atomare Wettrüsten nicht eine sachlich völlig unangebrachte Gegnerschaft zwischen Volk und Bundeswehr entsteht, denn es wäre eine

absolut falsche Vermischung von Gegenständen und eine Rückentwicklung auf einem Gebiet, auf dem wir sie nicht gebrauchen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, Günter Samtlebe hat in seinem neuen Amt als Präsident des Deutschen Städtetages gesagt, daß wir die Gemeinden, deren Bedeutung wir neu hervorheben, nicht überfordern sollen. Das ist wahr. Wenn wir sagen, daß wir in weiten Teilen der Bundesrepublik von unten neu aufbauen wollen, dann bedeutet das zuerst die Stärkung der Ortsvereine und das Erfassen der neuen Bedingungen, unter denen sie arbeiten, und dann heißt das zum zweiten: Verstärkung der eigentlichen Kommunalpolitik.

Ich bin Johannes Rau dankbar dafür, daß er sich zusätzlich zu allem auch bereit-erklärt hat, einen Blick auf diesen wichtigen Teil unserer Arbeit in der engeren Parteiführung mit zu werfen.

Wir haben ihm viel aufgebürdet: Ministerpräsident des größten Bundeslandes, Landesvorsitzender, stellvertretender Bundesvorsitzender. Dabei ist klar: Johannes Rau kann diese drei gewichtigen Aufgaben gar nicht besser erfüllen als durch die unumstrittene Behauptung der sozialdemokratischen Führungsposition in Nordrhein-Westfalen. Dazu braucht er unser aller Unterstützung, die wir ihm auch hoffentlich heute nicht nur durch das Ankreuzen auf dem Stimmzettel gegeben haben.

Wir haben in den vergangenen Jahren insgesamt schwere Einbußen hinnehmen müssen, und zwar ganz besonders in den letzten beiden Jahren aus Gründen, die eher in Bonn oder in der Welt als vor Ort zu suchen waren. Wir haben jetzt eine schwere Wegstrecke vor uns. Aber wir haben auch Kapital, mit dem wir wuchern können. Das haben wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen und wiederum nicht zuletzt in den Städten und Gemeinden. Es gilt, Kommunal- und Landespolitik gleichermaßen ernstzunehmen. Und es geht darum, unsere Kräfte neu zu bündeln, unsere Positionen auszubauen, hart an den Inhalten, auch wo es um die neuen Probleme geht, zu arbeiten.

Wenn wir das tun, liebe Genossinnen und Genossen, dann schaffen wir den Wiederaufstieg der deutschen Sozialdemokratie. Ich bin allen dankbar, die daran arbeiten, und ich bin sicher, daß wir es schaffen können.

14. Schlußwort

Johannes Rau

Liebe Genossinnen und Genossen,

es geht bei Parteitag so, daß die, die geduldig ausgeharrt haben, auch noch ein Schlußwort hören müssen. Wie lang der Marsch durch die Institutionen ist, das können wir daran erkennen, daß das Motto: samstags gehört Vati mir schon zwanzig Jahre alt ist und wir doch noch samstags in einer Halle sitzen, wenngleich ich zu dieser Halle große Sympathien habe, und einige können sich das denken. Mir hat gerade jemand gesagt, ob ich nicht die fünfzehn Gegenstimmen und die sieben Enthaltungen in den Nebenraum bitten wollte. Das will ich nicht. Ich will auch jetzt nicht versuchen, was man gelegentlich tut, noch einen Appell auszusprechen. Sondern ich meine, daß wir uns darüber freuen sollten, daß jetzt noch gesungen wird. Wir sollten alle mitsingen, wenn jetzt die Falken "Wann wir schreiten Seit' an Seit'" anstimmen. Da will ich Euch noch sagen, was die wenigsten wissen, daß dies ein ganz altes Lied der Arbeiterbewegung und der Jugendbewegung ist und von Hermann Claudius als Liebeslied geschrieben wurde. Das war ursprünglich nicht politisch gemeint. Wir sollten es aber politisch meinen und wir sollten es singen für all diejenigen, die an diesem Tage und vor diesem Tage so gearbeitet haben, daß dieser Parteitag ohne Reibung verlaufen konnte: die Schreibkräfte und die ehrenamtli-

chen Helferinnen und Helfer aus dem Unterbezirksbüro Duisburg, dem Landesbüro. Wir sollten dankbar dafür sein - und das werdet Ihr den Papieren entnommen haben und nicht nur den Papieren, daß wir im Landesbüro eine so aktive und kreative Mannschaft haben unter Bodo Hombach, dem ich hier ganz besonders danken möchte für alles, was er unter meinem Namen und zum Teil mit meiner Billigung veröffentlicht.

Diejenigen, die jetzt Urlaub machen, sollten in einigen Punkten mal abschalten. Ihr könnt über vieles nachdenken, aber die Namen, die Euch dabei einfallen, dürft Ihr wirklich nur mir schreiben, weil ich die Zeitungen nicht alle lesen kann, in denen mir Vorschläge gemacht werden.

Ich danke der Antragskommission, dem Präsidium, den Delegierten.

Wir freuen uns über diesen Parteitag und wir wollen ein kleines bißchen von dem, was wir gehört, gesagt und erarbeitet haben, so in die Orstvereine und in die Nachbarschaft mitnehmen, daß daraus Ermutigung entsteht. Wenn die Menschen dies spüren, haben wir viel erreicht.

Kommt gut heim. Der Parteitag ist geschlossen.

Zum Abschluß des Parteitages sangen die Anwesenden gemeinsam mit der Falkengruppe "Wann wir schreiten Seit' an Seit'" und "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit".

PROGRAMM DER SPD.

DEUTLICHER LANDESPARTEITAG.

NRW

